

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

41. Jahrgang / 14

21. Januar 1986

Dr. Peter Glotz MdB zu
Geißlers Wahlkampfstil:
Zurück in die 50er Jahre.
Seite 1

Otto Reschke MdB zum
Schicksal der von den Nazis
zwangsweise -sterilisierten
Gehörlosen: Endlich Ent-
schädigung leisten.
Seite 3

Prof. Dr. Nils Diederich
MdB zu Kohls Worten zur
Ausbildungsmisere: Blanker
Hohn.
Seite 4

Dokumentation
Die SPD Schleswig-Holstein
hat am 18. Januar eine
Standortbestimmung zur
Deutschlandpolitik vorge-
nommen, die wir im Wort-
laut wiedergeben.
Seite 5

Geißlers Rollback

Der CDU-Generalsekretär geht im Geist der 50er Jahre in den
Wahlkampf

Von Dr. Peter Glotz MdB
Geschäftsführer der SPD

Wer über die Frage nachdenkt, wie die „große Schlacht“, die „Durchsetzungswahl“ 1986/87 verlaufen wird, der stößt auf die unbeirrbar Entschlossenheit des Generalsekretärs der CDU, eine harte außenpolitische Kampagne gegen die Linke zu inszenieren. Trotz erheblicher Zweifel im eigenen Lager, bei Biedenkopf und Späth, bei der CSU, aber auch bei einigen wirklichkeitsorientierten Funktionären im Apparat der Union, verfißt Heiner Geißler eine fundamentalistische Linie. Sein Konzept läuft auf eine Reideologisierung der Außenpolitik hinaus, mit der er den tiefen Zwiespalt im Unionslager zwischen „Genscheristen“ und „Stahlhelmen“ überdecken will.

Der Ost-West-Konflikt, so lautet die grundlegende These, ist kein Machtkonflikt der beiden Supermächte, sondern ein Wertkonflikt. (Daß er beides sein könnte, hat im Schwarz-Weiß-Denken Geißlers keinen Platz.) Man muß das Werkzeug der Totalitarismus-Theorie der fünfziger Jahre erneut aus dem Schuppen holen, in dem die ideologischen Waffen gelagert werden; die SPD ist als „anti-amerikanisch“ (und damit wertvergessen und antiwestlich) zu kennzeichnen. Afghanistan muß Korea werden (schafft ein, zwei, drei Koreas; die Vietnam-Agitation der Linken wird umgekehrt). Eine vorsichtig wägende Außenpolitik wird weitgehend durch eine aggressive, auf die westlichen Massenmedien orientierte Menschenrechtsdebatte ersetzt, die die christlichen Kirchen unter Zugzwang setzen soll.

Alle Oppositionsbewegungen gegen den totalitären Erbeind werden als „Befreiungsbewegungen“ gleichgesetzt - von Solidarnosc bis zu den Mudjahedin. Damit soll die Wahlkampfun-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 1204 DB

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwaltungsbüro
und werblichen Kontakt zum
Korrespondenten



taugliche Differenziererei (und der „Genscherismus“) überwunden werden. Denkmethode und schriftlicher Ton erinnern an fanatische Bußprediger des späten Mittelalters: Geißler wirft Egon Bahr, der den Frieden zu den Grundwerten zählt, eine „Ideologisierung des Friedens“ vor und redet von „hündischem Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus“. Das ist die überschnappende Stimme des hysterischen Anti-Kommunismus der fünfziger Jahre.

Aber zwischen diesen fünfziger Jahren und der zweiten Hälfte der achtziger liegt die Erste Ostpolitik Willy Brandts. Die Deutschen sind nüchterner, realistischer und gemäßiger geworden. Für die Wahlkampfführung der Sozialdemokraten gibt es eine klare Linie: Man muß nicht mehr hetzen, um in dieser Bundesrepublik zu einer Mehrheit zu kommen. Ich sage deshalb: die Sozialdemokratie kann eine dritte große Auseinandersetzung um die deutsche Außenpolitik (nach der Wiederbewaffnung und der ersten Ostpolitik jetzt um die zweite Phase der Entspannungspolitik) für sich entscheiden, wenn sie drei Basis-Sätze einer realistischen Außenpolitik berücksichtigt:

Erstens: Die Bundesrepublik ist politisch, geistesgeschichtlich und kulturell ein Staat des Westens und operiert im westlichen Bündnis. Sie ist gleichzeitig eine wichtige europäische Macht, die als geteiltes Land eine Brückenfunktion zu Osteuropa wahrnehmen muß. Die Bundesrepublik gehört zum Westen und ist gleichzeitig eine Garantiemacht der Kultur Mitteleuropas.

Zweitens: Das Streben nach außenpolitischer Entspannung zwischen Ost und West ist kein Versuch, eine ideologische Annäherung zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus herzustellen. Vielmehr gilt die Faustregel: je vielfältiger das Geflecht der diplomatischen Beziehungen zwischen Ost und West, desto notwendiger eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Drittens: Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrags dürfen nicht von der verhängnisvollen geistigen Tradition des Anti-Kommunismus bestimmt werden. Wer die Sowjetunion als „Zentrum des Bösen in der Welt“ ansieht, kann mit ihr nicht ein System gemeinsamer Sicherheit aufbauen. Mit der politischen Kultur des Westens ist die innere Ordnung der kommunistischen Staaten auch in der nachstalinistischen Ära unvereinbar. Der demokratische und bürokratische Sozialismus der östlichen Welt hat keinerlei Anziehungskraft auf die Bürger im Westen; gerade dies aber entzieht der propagandistischen Gleichsetzung von Faschismus, Stalinismus und nachstalinistischem Sozialismus die moralische Berechtigung. Deswegen ist die Wiederbelebung der Totalitarismus-These (die beim Vergleich von Stalin und Hitler durchaus plausibel war) unsinnig und friedensgefährdend.

Die Sozialdemokratie hat heute, 1986, eine gute Chance, ihr außenpolitisches Konzept einer Zweiten Ostpolitik durchzusetzen, wenn sie hart und ohne Verwischung auf der realpolitischen Verbindung von Westbindung und Ostpolitik besteht. Ich spitze diese These zu und sage: Geißlers außenpolitische Kampfansage sollte ohne jedes Zurückweichen angenommen werden. Er will eine „große Schlacht“? Er kann sie haben.

(-/21.1.1986/rs/ks)

+ + +



Zwangswise sterilisierte Gehörlose endlich entschädigen

Der Bundestag muß das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses für Unrecht erklären

Von Otto Reschke MdB

Die Gehörlosen, die nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in der NS-Zeit zwangsweise sterilisiert wurden, haben bis heute keinerlei symbolische Wiedergutmachung erhalten.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 war vom Alliierten Kontrollrat nicht aufgehoben worden. Während der 1. Wahlperiode des Bundestages wurde die Auffassung vertreten, daß dieses Gesetz nur durch Landesrecht aufgehoben werden könne, da es nicht nach Artikel 124 und 125 GG als fortgeltendes Bundesrecht anzusehen sei. Der Ausschuß für Wiedergutmachungsfragen entschloß sich 1956, diesen Personenkreis nicht in das Entschädigungsrecht des Bundesentschädigungsgesetzes einzubeziehen. Der Ausschuß erklärte, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sei kein typisch nationalsozialistisches Gesetz, da es auch in demokratisch regierten Ländern ähnliche Gesetze gäbe. Die nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zwangsweise sterilisierten Menschen seien nicht als Verfolgte des NS-Regimes anzusehen und könnten daher keine Entschädigungsleistungen erhalten.

Bei dieser Argumentation wird ganz offensichtlich übersehen, daß in der Zeit von 1933 bis 1945 die Anwendung des Gesetzes von nationalsozialistischer Ideologie bestimmt wurde. Gehörlose Menschen wurden in Mengen auch ohne Vorliegen eines Erbleidens zwangsweise sterilisiert, ebenso wie schwangere Frauen zur Abtreibung gezwungen wurden. Ein Vergleich mit den in anderen Ländern vorgenommenen Sterilisationen ist angesichts der im Dritten Reich praktizierten Massenmethoden völlig unzulässig. In Anbetracht des ungeheuren Leidens dieser Menschen kann das Problem weder als moralisch noch als politisch erledigt erklärt werden.

Zwar kann das zugefügte Unrecht nicht wiedergutmacht werden, doch haben die Opfer, die noch heute körperlich und seelisch unter den Eingriffen leiden, Anspruch darauf, daß ihre materiellen wie immateriellen Schäden so rasch wie möglich ausgeglichen werden und das geschehene Unrecht im Rahmen des noch Möglichen wiedergutmacht wird. Von großer Bedeutung für die Betroffenen ist dabei, daß das NS-Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Deutschen Bundestag geächtet und ausdrücklich als Unrecht bezeichnet wird.

Erforderlich ist weiterhin, daß die zwangsweise sterilisierten Gehörlosen als offensichtlich erkennbare Opfer des Nationalsozialismus als politisch Verfolgte anerkannt werden, damit sie endlich Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz beziehungsweise dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz erhalten können.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird eine Arbeitsgruppe für einen Gesetzentwurf einrichten, um allen Opfern nationalsozialistischer Verfolgung Entschädigung zu gewähren. Das Gesetz muß auch die nationalsozialistische Rechtsgrundlage für viele Opfer endlich ächten. (-/21.1.1986/rs/ks)

+ + +

Blanker Hohn

Zu Kohls Worten zur Ausbildungsmisere

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB
Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD

Helmut Kohl sagte in seiner Neujahrsansprache: „Unsere Sorge gilt vor allem den jungen Menschen, die an der Schwelle zum Berufsleben noch vor verschlossenen Türen stehen. Mit einem herausragenden Lehrstellenergebnis schon im dritten Jahr hintereinander konnten wir den meisten jungen Menschen 1985 die Chance für eine gute berufliche Ausbildung geben.“ Bundestagspräsident Jenninger erklärte: „Die vielfältigen Appelle, noch mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, sind nicht ungehört verhallt: Auch 1985 brachte ein Rekordergebnis an neuen Lehrstellen.“

Die Herren Kohl und Jenninger sagen nur die halbe Wahrheit. Sie wollen verschleiern, daß nach wie vor 40.000 Jugendliche eine Lehrstelle suchen und die Wirtschaft insgesamt 8.500 Lehrstellen weniger angeboten hat als im Jahre 1984. Dies jedenfalls belegen eindeutig die neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit. Für viele betroffene Jugendliche klingen daher die halben Wahrheiten des Herrn Kohl wie blanker Hohn, denn auch die halbe Wahrheit ist in Wahrheit eine Unwahrheit!

Die Bundesregierung des Herrn Kohl hätte durchaus die Möglichkeit gehabt, einen konkreten Beitrag zur weiteren Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits während der Haushaltsberatungen ein umfassendes Programm zur Finanzierung von außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten eingebracht, mit dem lehrstellensuchenden Jugendlichen ein Angebot hätte gemacht werden können. Die von der SPD-Bundestagsfraktion vorgesehenen Maßnahmen, für die ein Finanzvolumen von insgesamt 337 Millionen DM vorgesehen war, hätten nicht nur das Ausbildungsplatzangebot erweitert, sondern auch den dringend erforderlichen Ausbau, die Modernisierung und die Anpassung an die neuen technologischen Entwicklungen der Ausbildungsstätten selber ermöglicht. Einen wesentlichen Schwerpunkt bildete dabei die verstärkte Förderung von jungen Frauen und Mädchen, die von der Lehrstellenmisere besonders hart betroffen sind.

Bis auf eine kleine, viel zu geringfügige Erhöhung des Benachteiligtenprogrammes, das zudem aus wahltaktischem Opportunismus im wesentlichen dem Land Niedersachsen zugute kommt, wurden die Vorschläge der SPD abgelehnt. Die Vorschläge scheiterten vor allem an der schwachen Position von Frau Bildungsministerin Wilms im Kabinett, die sogar noch stolz darauf ist, daß sie die ihr zugestandenen Trostpflaster in der Öffentlichkeit als soziale Großtaten verkaufen darf.

Damit hat sich zum wiederholten Male bewahrheitet, daß die Bundesregierung ihre Politik keineswegs an den berechtigten Interessen der jungen Generation orientiert, sondern weiterhin mit salbungsvollen aber leeren Versprechungen von ihrem Nichtstun und ihrer Inkompetenz abzulenken versucht.

Für Sozialdemokraten aber ist und bleibt die Antwort auf die Frage, welche Start- und Lebenschancen die Gesellschaft ihrer jungen Generation bietet, ein wichtiger Prüfstein für den sozialen Charakter der Gesellschaft.

(-/21.1.1986/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

SPD Schleswig-Holstein: Standortbestimmung zur Deutschlandpolitik

In der Tradition der Entschließung Nr. 1 des außerordentlichen Landesparteitages vom 8. und 22. Januar 1966 in Eutin hat der Landesausschuß der SPD Schleswig-Holstein anläßlich seiner Sondersitzung vom 18. Januar 1986 folgende Resolution zur Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik beschlossen.

1. Ziel und Aufgabe sozialdemokratischer Deutschlandpolitik ist die Sicherung des Friedens und die Verbesserung der ideellen wie materiellen Situation der Bürgerinnen und Bürger in beiden deutschen Staaten. Die Geschichte hat uns dabei gelehrt, daß die Deutschen in ihrem Streben nach nationalstaatlicher Einheit gegenüber ihren Nachbarn im Osten wie im Westen bis hin zu Hitlers völkervernichtendem Zweiten Weltkrieg den Nachweis schuldig geblieben sind, daß sie diesen Weg mit friedlichen Mitteln und auf demokratische Weise gehen können.
2. Deshalb stellen Sozialdemokraten an den Ausgangspunkt ihrer Deutschlandpolitik die Erklärung, daß die gegenwärtigen Grenzen unverletzlich sind und daß eine Bewahrung nationaler, kulturgeschichtlich gewachsener Identität nur auf der Grundlage eines geregelten Miteinanders der beiden deutschen Staaten möglich ist.
3. Dies setzt die Akzeptanz der Staatlichkeit der DDR durch alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik voraus. Die Anerkennung der international gültigen Staatsmerkmale - Staatsgebiet, Staatsgewalt, Staatsvolk -, wie sie durch die Völkergemeinschaft seit fast über 40 Jahren gegenüber beiden deutschen Staaten praktiziert wird, bietet den Weg zur Überwindung von Grenzen im Rahmen einer Europäischen Friedensordnung. Das Leugnen der Staatlichkeit unter Betonung nationaler Gemeinsamkeiten führt nicht zu größerer Nähe und mehr Freizügigkeit.
4. Diesen Weg wollen wir Sozialdemokraten weiterhin gehen. In der Regierungsverantwortung, in der wir durch Ostverträge und insbesondere den Grundlagenvertrag den Nachweis erbracht haben, daß die Anerkennung von Realitäten zu größerer Freizügigkeit, zu Mit- statt bloßem Nebeneinander führt. In der Opposition, wo durch die Initiativen auf der Ebene der Parteien SPD und SED - so unterschiedlich und gegensätzlich ihre ideologische Ausrichtung ist -, neue Impulse für die deutsch-deutschen Beziehungen gegeben wurden.
5. Wie wir Sozialdemokraten das historische Ergebnis der Westintegration der Bundesrepublik durch die Politik Adenauers akzeptierten um die Handlungsspielräume des Bündnisses gestaltend für den friedlichen Ausgleich mit den östlichen Nachbarn zu nutzen, so bedarf es zur Erreichung deutschlandpolitischer Gemeinsamkeiten aller im Bundestag vertretenen Parteien nach wie vor einer vollen Akzeptanz der Ostpolitik Willy Brandts durch die CDU/CSU.
6. Gestaltende Deutschlandpolitik braucht dabei mehr als die alltäglich wiederholten Hinweise auf die Handlungsgrenzen und -maßstäbe, die das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil über den Grundlagenvertrag gesteckt hat. Denn dieses Urteil selbst ist in sich widersprüchlich, wenn es einerseits die Staatlichkeit der DDR anerkennt mit der Konsequenz, daß sich die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik auf ihr Staatsgebiet beschränkt, andererseits den Charakter der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten mit denen der Ländergrenzen innerhalb der Bundesrepublik gleichsetzt. Und wir stellen fest: In seiner einengenden Interpretation des Grundlagenvertrages wird es den aktuellen Anforderungen notwendiger Entwicklungen in der Deutschlandpolitik nicht gerecht. Wir sagen: Die Unmenschlichkeit dieser Grenze wird nicht durch juristische Selbsttäuschung abgebaut, sondern durch Verhandlungen auf der Grundlage der wechselseitigen staatlichen Anerkennung.



7. Gestaltet werden muß vielmehr das besondere deutsch-deutsche Verhältnis zweier Staaten, die eine gemeinsame nationale Kultur haben und pflegen, in zwei unterschiedliche Blocksysteme integriert sind, und auf der Grundlage der wechselseitigen staatlichen Anerkennung sich wechselseitig weder als Inland noch als Ausland betrachten. Die Diskussion um den Fortbestand des Deutschen Reiches wird somit zu einem Prozeß der historischen Abwicklung, der gleichzeitig die Chance für den Aufbau einer blockübergreifenden europäischen Friedensordnung bietet.
8. Im Vordergrund deutschlandpolitischer Initiativen stehen dabei
- die Friedenssicherung in Anerkennung der Verantwortungsgemeinschaft, in der Entwicklung zur Sicherheitspartnerschaft auf dem Weg zu einem blockübergreifenden europäischen Sicherheitssystem;
 - das Bemühen beider deutscher Staaten für konkrete Abrüstungsschritte in ihren Bündnissystemen, wie sie zum Beispiel im Vorschlag für ein Abkommen von SPD und SED über eine kernwaffenfreie Zone in Westeuropa entwickelt wurden;
 - die Schaffung ungehinderter Reise- und Besuchsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger beider deutscher Staaten mit dem Ziel der Normalisierung des Grenzverkehrs; dazu gehört auch ein deutsch-deutsches Jugendwerk;
 - der Abbau von Grenzanlagen und die Abschaffung des Schießbefehls;
 - die Fortentwicklung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zur Absicherung der Kontinuität von Deutschlandpolitik;
 - grenzübergreifender Umweltschutz.
9. Ohne die politische Klärung aktueller Streitfragen wird es dabei keine perspektivischen Entwicklungen geben. Auf den Prozeß gestaltender Deutschlandpolitik bezogen, halten wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein folgende Diskussions- und Lösungsansätze für erforderlich:
- die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer unter Einbeziehung der Berliner Bundestagsabgeordneten;
 - die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter als einer die Souveränität der DDR anfechtenden Institution;
 - politische Verhandlungen zur Lösung der strittigen Frage des Verlaufs der Grenze auf der Elbe, die die Notwendigkeit des Umweltschutzes, die Chancen für Gegenleistungen auf dem Gebiet der Ostseefischerei beinhalten, der Praxis der Besatzungsmächte Rechnung tragen und die Sicherheit des Schiffsverkehrs gewährleisten. In einem solchen Zusammenhang wäre die Einigung auf einen Grenzverlauf in der Strommitte ein in beiderseitigem Interesse wünschbares Ergebnis;
 - die auf der Grundlage des Grundgesetzes mögliche volle Respektierung der Staatsangehörigkeit der DDR im Rahmen der Gesetzgebung wie konkreten Verwaltungshandelns der Behörden der Bundesrepublik. Eine Anerkennung durch die im Rahmen der UN-Völkergemeinschaft erfolgte Akzeptanz der DDR ist staatsrechtlich überflüssig, weil selbstverständlich. Die Umsetzung dieser Situation auf das Verhalten deutscher Behörden wäre ein wesentlicher Schritt zu einem verstärkten Miteinander im Sinne größerer Freizügigkeit. Die Option auf den jederzeitigen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (entsprechend den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen) im Unterschied zur Staatsanhörigkeit der DDR für die Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sollte dabei an die Stelle der Fiktion der Existenz einer gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit treten.

(-/21.1.1986/rs/ks)

+ + +

